

Die „Demokratische und kulturelle Revolution“ am Ende?

MAS setzt Verfassungstext unter Ausschluss der Opposition durch / Politische Gewalt fordert wieder Tote / Regierung offenbart deutliche Verschleisserscheinungen

Die Regierung Morales ist seit Wochen sichtlich bemüht, Stärke zu zeigen. Am Wochenende des 24./25. November erreichte dies seinen vorläufigen Höhepunkt: Knapp mehr als die Hälfte der Mitglieder der Verfassungsgebenden Versammlung billigte in erster Lesung und unter Ausschluß der Opposition, einen Verfassungsentwurf im Alleingang. Seit fast 16 Monaten nun quält sich der bolivianische Verfassungsprozess hin. Kein Wunder, daß schon Ende September unterschiedlichen Umfragen zufolge (Equipos Mori, IPSOS), fast die Hälfte der Befragten bezweifelten, daß die Versammlung zum Stichtag (14. Dezember) ihre Arbeit erfolgreich beenden würde – die Regierung feiert ihre handstreichartige Aktion als einen Triumph.

Äußerst geschickt wurde in letzter Zeit der Konsenskurs des Vize-Präsidenten García Linera von weiteren Demonstrationen der Stärke begleitet. Anfang August wurde ostentativ der „Tag der Streitkräfte“ in Santa Cruz abgehalten, die Region, die das politische Hegemonialprojekt der MAS am stärk-



herausfordert. Kurze Zeit später besetzte das Militär sogar den Flughafen der Stadt aufgrund bis heute unbewiesener Korruptionsvorwürfe gegen die Flughafenverwaltung. Der oppositionsdominierte Senat muß jederzeit seine Schließung befürchten – am 27. November nahm fast das halbe Kabinett Morales an einer Demonstration gegen dessen politischen „Blockadekurs“ teil. Tage darauf beschloss diese Kammer – auch unter Ausschluss der Opposition – mehrere Gesetze im Sinne der Regierung. Da das Verfassungsgericht politisch lahmgelegt ist, kann auch niemand diese zumeist illegalen Aktionen anfechten. Die Einschüchterung von Journalisten und tätliche Angriffe seitens MAS-naher sozialer Bewegungen oder der Polizei gehören zur alltäglichen Routine in der Pressearbeit. Die mediale Inszenierung Evo Morales´ als martialischer Führer an Bord eines Armeepanzers oder als lautstarker Wahrer bolivianischer Interessen gegen „imperialistische Umsturzversuche“, letzters im Rahmen des iberoamerikanischen Gipfels in Santiago de Chile wirkten dabei fast schon peinlich und entbehren nicht einer unfreiwilligen Komik. Man könnte jedoch meinen, der harte Kurs der Regierung geht auf, denn Morales genießt immer noch eine Popularität um die 60%, während die Arbeit der Opposition weiterhin mehrheitlich als „kontraproduktiv“ bezeichnet wird. Kein Geheimnis ist ebenso, daß wohl viele Bolivianer dem (illegalen) „Ende mit Schrecken“ des Verfassungsprozesses einem weiteren Trauerspiel vorziehen. Die Angst, daß die von Morales´ seinerzeit ausgerufenen „kulturelle und demokratische Revolution“ den Weg in die Diktatur bedeutet, ist dennoch gegenwärtig.

BOLIVIEN

PETER-ALBERTO BEHRENS

November 2007

Platz für Verlinkungwww.kas.de**Gut gebrüllt, Löwe?**

Der politische Preis dieser Etappensiege indes ist hoch. Die Demonstrationen in Sucre forderten bislang drei Menschenleben. Seit Amtsantritt Morales' sind es damit schon mehr als 30 politisch motivierte Todesfälle. Das Regierungslager franst aus. In der Verfassungsgebenden Versammlung sympathisieren bis zu 30 Fraktionsmitglieder der MAS mit einer neu gebildeten überfraktionellen Gruppe, der „bancada patriótica“ (patriotische Fraktion). Loyola Guzmán, eine ihrer Wortführerinnen, lehnt eindeutig den Konfrontationskurs der Regierung ab. Auch einzelne MAS-Senatoren und Abgeordnete teilen mittlerweile diese Position. Unter den sozialen und indigenen Bewegungen die zur klassischen MAS-Klientel gehören, regen sich ebenfalls Widerstand und sogar handfeste interne Auseinandersetzungen. Auf departamentaler Ebene distanzieren sich einzelne MAS-Präfekten von der Regierung. An den verschiedenen Verfassungsentwürfen des MAS liest sich auch der Verlust politischer Positionen ab. Anfang des Jahres kursierte noch ein eindeutig realsozialistischer Entwurf (Vergesellschaftung des Eigentums, Einschränkung politischer Freiheiten, etc.). Die zuletzt veröffentlichten Fassungen fallen weit zahmer aus, obgleich weiterhin u.a. die Einführung des indigenen Rechts viele Fragen offen lässt.

Morales mag noch sehr beliebt sein, ihn erneut wählen würden aber wohl immer weniger Bolivianer. Die „Sonntagsumfrage“ ergibt seit Monaten eine MAS-Mehrheit zwischen 30% und 45% und spiegelt damit vor allem die Abkehr der Mittelschicht vom MAS-Projekt wider. Selbst den Verfassungsentwurf in der jetzt bekannten Form (Umfrage Oktober) würden nur ca. 30% eindeutig zustimmen, bis zu 48% der Befragten stehen dem Entwurf ablehnend gegenüber. Besonders bitter muß der Regierung aufstoßen, daß ihr Konfrontationskurs in den letzten Monaten dazu geführt hat, daß sich überhaupt so etwas wie eine schlagfertige (außerparlamentarische) Opposition in den Regionen gefestigt hat. Die von ihnen und einzelnen politischen und sozialen Organisationen formierte CONALDE (Nationaler Demokratischer Rat) hat erst kürzlich eine

gemeinsame Struktur gefunden und setzt zivile Protestaktionen durch. Die Anzahl sozialer Konflikte mit steigendem Gewaltpotential hat das Niveau früherer Regierungen erreicht und es sieht nicht danach aus, daß sie in Zukunft merklich abnehmen.

Erschwerend kommt hinzu, daß auch die Zukunftsaussichten nicht rosig sind. Die Wirtschaftspolitik stellt dabei die Achillesferse der Regierung dar: Die Inflation steigt definitiv auf 10% bis zum Jahresende – eine Verdreifachung innerhalb eines Jahres. Erste vorsichtige Prognosen sprechen von ca. 20% zum Ende 2008. Alltagsprodukte wie Fleisch, Mehl oder auch Dieseltreibstoff sind Mangelware und insgesamt sind Privatinvestitionen auf ein Minimum geschrumpft (ca. US\$ 100 Mio.). Soziale Verteilungsprojekte wie der Schülerbonus „Juancito Pinto“ oder die überarbeitete staatliche Rente „Renta Dignidad“ sind bestenfalls Tropfen auf den heißen Stein, lösen das grundsätzliche Problem der Schaffung neuer Arbeitsplätze nicht und reißen eher große Löcher in den Haushalt.

Überraschend erscheinen wieder Akteure auf der politischen Bildfläche, die vor kurzem noch völlig abgeschrieben waren. Die sogenannten traditionellen Parteien, wie MNR oder UCS, aber auch politische Neubildungen wie APB (Autonomía para Bolivia) bezeugen mit ihren Aktionen, daß das politische Parteiensystem entgegen aller Unkenrufe den erdrutschartigen Sieg der MAS 2005 überlebt hat und sogar die MAS-Dominanz erneut herausfordern könnte.

Wie man in den Wald hineinruft...

Die internationale Welle der Sympathie, auf der Evo Morales noch vor einem Jahr schwamm ist merklich abgeebbt. Selbst sozialromantisch angehauchte europäische Medien mussten spätestens ab August diesen Jahres den autoritären Charakter der Regierung Morales eingestehen. Zu maßlos war die Repression gegen Medien und Oppositionelle in Sucre, zu offen die Unterstützung international geächteter Regime wie der des Iran, zu bedingungslos die Gefolgschaft zum venezolanischen Autokraten Chávez oder zum kubanischen Despoten

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

BOLIVIEN

PETER-ALBERTO BEHRENS

November 2007

Platz für Verlinkung

www.kas.de

Castro. Anstatt den immer schärferen Anti-amerikanischen Kurs mit einer Zuwendung zu Europa zu kompensieren, isoliert sich die Regierung Morales, indem sie selbst wohlwollende Partner wie Spanien oder Italien vergrault. Unternehmensvertreter dieser Länder wurden ebenso mit Denunziationen überzogen oder sogar kurzzeitig in Haft genommen wie verhasste „neoliberale“ Ex-Politiker. Noch nicht einmal die europäische Entwicklungszusammenarbeit blieb verschont. In einer Nacht- und Nebel-Aktion Ende Oktober erließ die Regierung ein Dekret, daß der gesamten EZ enge Fesseln anlegt. Der schon erwähnte Auftritt Morales´ während des iberamerikanischen Gipfeltreffens in Santiago zerschlug auch auf kontinentaler Ebene jede noch so kleine Hoffnung auf einen eigenständigen, von Venezuela unabhängigen Kurs der Außenpolitik Boliviens. Selbst das bislang hervorragend geführte Verhältnis zu Chile wurde durch die vorbehaltlose Unterstützung der Unflätigkeiten Chavez´ während dieses Treffens getrübt. Die Regionalmacht Brasilien stellt sich jedenfalls auf Destabilisierungsszenarien in Bolivien ein. Ihre Armee hat Ende Oktober an den Grenzen zu Bolivien und Paraguay Manöver gehalten, um im Falle politischer Krisen brasilianische Staatsangehörige aus Bolivien auszufliegen. Insgesamt hat, bei aller unterschiedlichen politischen Einschätzung der Regierung Morales, die internationale Staatengemeinschaft zu verschiedenen Anlässen sehr deutlich gemacht, daß sie die Entwicklungen in Bolivien mit großer Sorge betrachten – selbst in diplomatisch verkläuterter Sprache ist dies kein Vertrauensvotum.

Das Militär – Schiedsrichter wider Willen

Zweifelsohne erhielten die bolivianischen Streitkräfte von der Regierung Morales eine ganz besondere Aufmerksamkeit und Zuwendung. MAS-nahe Offiziere wurden an Schlüsselstellen positioniert und befördert. Die sich ausdünnende Unterstützung der USA wurde mit der Venezuelas mehr als ausgeglichen. Sicherlich steht die Armeespitze uneingeschränkt auf Seiten der Regierung. Dennoch sorgt die intensivste Politisierung des Militärs seit Diktaturzeiten, insbesondere bei mittleren Rängen für großes Unbeha-

gen. Die zunehmende Einmischung Venezuelas stößt vor allem bei Truppenbefehlshaber auf stillen Protest. Einzelne Gattungen wie die Marine oder die Artillerie stehen der Regierung kritisch gegenüber. Insgesamt wird eine politische Instrumentalisierung wie im Falle Venezuelas befürchtet, was die bescheidenen aber merklichen Institutionalisierungsfortschritte der letzten Jahre zerstören würde. Die Streitkräfte sehen sich in die Rolle eines Schiedsrichters gedrängt, in der sie einerseits den „widerspenstigen“ Regionen deutlich machen müssen, daß sezessionistische Bestrebungen nicht toleriert werden, andererseits aber vorsichtig die Regierung davor warnen, Volksmilizen aufzustellen. Dies führt zu Unbehagen in der Truppe, das zur Zeit noch sehr verdeckt geäußert wird. Es ist jedoch ein Hinweis darauf, daß sich im Falle innerer Unruhen, die Regierung möglicherweise nicht vollständig auf die Arnee verlassen kann.

Morales in seiner schwächsten Stunde

Das Säbelrasseln der Regierung offenbart vor allem eines: Schwäche. Tatsächlich hat Morales sich in den fast zwei Jahren seiner



Regierung vor allem selbst geschadet. Sein für bolivianische Verhältnisse historisch einzigartiges Legitimationspotenzial hat er in völlig unnötigen politischen Grabenkämpfen verpfuscht. Das von den MAS-„Falken“ verfolgte politische Hegemonialprojekt ist ganz eindeutig an seine Grenzen gestoßen. Der Konfrontationskurs Morales´, der nur kurz aus taktischen Gründen Versöhnungspausen wick, hat ihn in eine fast ausweglose Lage manövriert. Seine wichtigsten politischen Projekte unter dem Motto der „demokratischen und kulturellen Revolution“ – neue Verfassung, Verstaatlichung von Schlüsselindustrien, und Einbindung indigener Bevölkerungsgruppen – wurden durch Maximalziele („Neugründung Boliviens“) und Konfrontationsrhetorik derma-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

BOLIVIEN

PETER-ALBERTO BEHRENS

November 2007

Platz für Verlinkung

www.kas.de

Ben überfrachtet, daß für die MAS-Gefolgschaft jeglicher Kompromiss mittlerweile einer Niederlage gleich kommt. Dies behindert den Rückweg zum politischen Dialog und zum Ausgleich. Zugleich ist kaum vorstellbar, daß der vom MAS im Alleingang vorgelegte Verfassungsentwurf eine tragfähige Grundlage für einen umfassenden sozialen Pakt darstellt. Zusätzlich ist einer autoritären „Flucht nach vorne“ (z.B. mittels eines „Autogolpe“) gerade auch aufgrund der kritischeren Haltung der internationalen Staatengemeinschaft der Weg verbaut. Ein Land wie Bolivien, dessen BIP schätzungsweise zu 1/3 von der internationalen (insbesondere US-amerikanischer und europäischer) Entwicklungszusammenarbeit abhängt, kann sich solche Optionen schlicht nicht leisten.

Morales kann also nicht vor, will aber auch nicht zurück. Er steht, wie man im Spanischen sagt „zwischen Schwert und Wand“. Gerade dies macht das Regierungshandeln unberechenbar, woraus eine akute Sicherheitsgefahr für die nächsten Tage und Wochen ausgeht. Mittel- und langfristig jedoch wird Präsident Morales nichts anderes übrig bleiben als einen Konsenskurs zu finden, möchte er das Land nicht noch mehr destabilisieren. Zumal auch die Opposition keine Alternative bietet. Er wird dabei zumindest einen Teil seiner Gefolgschaft enttäuschen. Dies wäre in jedem Fall jedoch der politisch geringste Preis, den nicht nur er sondern Bolivien für seine Fehler zu zahlen hätte.

Die Revolution - ausgeträumt

Traurig an dieser politischen Entwicklung ist, daß man von der Lösung der eigentlichen Probleme des Landes noch weiter entfernt ist, als zur Amtsübernahme Morales´ vor zwei Jahren. Die langjährigen, zentralen und antagonistischen Spannungen in der bolivianischen Gesellschaft haben sich eher noch verschärft: der ethnische Gegensatz („weiß/mestizisch – indigen“), der ordnungspolitische Gegensatz (Marktwirtschaft – Planwirtschaft), der politisch-repräsentative Gegensatz (parlamentarische Demokratie – direkte/plebiszitäre oder Räte-Demokratie), der regionale Gegensatz (Zentralismus – Dezentralisierung).

Die große Herausforderung im Jahr 2008

Das nächste Jahr wird für Boliviens politisches System eine Herausforderung. Die Regierung wird höchstwahrscheinlich noch über genügend Legitimation und Unterstützung verfügen, um einige der von ihr verfolgten politischen Ziele durchzusetzen – so lange sie sich einem moderateren Kurs verpflichtet. Andererseits hat die Opposition Anlauf genommen und Spielraum erkämpft, um Wege zu finden, reale Alternativen zur MAS zu bieten ohne die Fehler der traditionellen Parteien in den Jahren zuvor zu wiederholen. Sollten sich beide Seiten in diesen Tagen bewußt werden, daß sie dies nur im Rahmen eines erneuerten, aber auf demokratischen Grundlagen fußendem Parteiensystems erreichen können, sieht es mittelfristig für Bolivien eigentlich gar nicht so schlecht aus. Dies bedeutete nämlich nichts anderes, als daß beide Akteure akzeptierten, daß es keine Sieger auf Kosten der anderen Seite geben kann, sondern daß sie verstünden, daß entweder alle gemeinsam gewinnen, oder alle alles verlieren würden.